

Das Sprechrecht des Ministers.

Wenn die Leiter des Tschechischen Verbandes und tschechische Presseorgane in der ersten Ratlosigkeit, was sie auf die schwere Anklage des Grafen Czernin gegen die Kriegsverlängerer, gegen die Masaryks im Hinterlande antworten sollen, darauf verfallen sind, dem Minister Vorhaltungen zu machen, weil er seine Rede an eine Abordnung des Wiener Gemeinderates gehalten habe, so läßt sich eine solche Kritik wenigstens psychologisch erklären. Schlimmer steht es schon, wenn den gleichen Vorwurf sich das Wiener sozialdemokratische Zentralorgan zu eigen macht. Gewiß hat der Minister des Äußern verfassungsgemäß der Delegation Rede und Antwort zu stehen, aber nirgends steht geschrieben, daß er über die bloße Pflichterfüllung nicht hinausgehen und auch außerhalb des Delegationsforums zur Öffentlichkeit sprechen dürfe, zumal wenn ihm dieses zur erwünschten Stunde nicht zur Verfügung steht. Es ist eine wunderliche „Demokratie“, die einem Minister darob Vorwürfe macht, daß er nicht im Rahmen des mehrfach gestifteten Delegationsausschusses geblieben ist, sondern zu einer Abordnung von freigewählten Vertretern großstädtischer Volksmassen gesprochen hat. Das sozialdemokratische Organ hat es immer ganz nett gefunden, wenn sich Minister, ja ganze Regierungen um sozialdemokratische Vertreter versammelten und mit ihnen stundenlange Aussprache pflogen und Vereinbarungen trafen über Dinge, welche die Gesamtbevölkerung betreffen und zweifellos in die Kompetenz des Reichsrats fallen; auf einmal soll es ungehörig sein, daß ein Minister des Äußern zu Volksvertretern der Reichshaupt- und Residenzstadt über Dinge spricht, die er bei der ersten gegebenen Gelegenheit auch vor dem verfassungsgemäß zuständigen Forum der Delegationen zu erörtern sich ausdrücklich bereit erklärt! Die Kritik des sozialdemokratischen Organs beinhaltet nicht nur eine recht undemokratische Herabsetzung der Bevölkerung Wiens, sondern trifft auch den Führer der sozialdemokratischen Gruppe im Wiener Gemeinderate, G. R. Neumann, der doch nicht deshalb mit der Abordnung zum Grafen Czernin ging, weil er erwartete, daß dieser sich in tiefes Schweigen hüllen werde.

Aber seltsamerweise trägt heute bereits zum drittenmale, auch das „Neue Wr. Tagbl.“, also gleichfalls ein „demokratisches Organ“, seine Zweifel vor, ob „die Abordnung des Wiener Gemeinderates die berufene Hörschaft“ war. Wir können uns nicht erinnern, daß das genannte oder ein anderes Organ des Wiener Liberalismus den gleichen Zweifel geäußert hätte, als Graf Czernin Vertreter der Wiener Presse zur Hörschaft einer ähnlichen großen politischen Rede gemacht hat, oder damals, als Graf Czernin seine große Friedensrede bei einem Budapest-Festmahle hielt. Warum gerade die Gewählten der Bevölkerung Wiens am allerwenigsten berufen sein sollen, wichtigen politischen Eröffnungen des leitenden Ministers der Monarchie das Auditorium zu stellen, ist das Geheimnis der „demokratischen“ Kritiker. So berufen wie Presseportier oder Teilnehmer an einem Essen sind gewählte Vertreter der Reichshaupt- und Residenzstadt, zugleich Vertrauensmänner dreier Parteigruppen, von denen wenigstens zwei große Volksmassen repräsentieren, doch wohl auch noch.

Da haben wir durch vier Kriegsjahre das feindliche Ausland und das benachbarte Ungarn um seine Sprechminister beneidet, die mit dem Volke nicht nur durch Verordnungen und Erlässe, sondern durch passende zeitgemäße Ansprachen in Verbindung blieben, es aufzurichten und anzufeuern, auf dem Laufenden erhielten und ihm das Gebot der Stunde mundgerecht zu machen mußten. Endlich hat die Monarchie einen Sprecher erhalten, der die gleichen modernen Wege geht, sich nicht hinter Aktenbergen verbirgt, sondern zum Volke geht, zu ihm in der Sprache spricht, die es versteht und die es längst zu hören wünschte, und schon schütteln die professoralen Musterdemokraten des Liberalismus und der Sozialdemokratie bedenklich die bezopften Köpfe wie das berühmte Kollegium bei den Reden des Kandidaten Johse. *Ist es reaktionäre Beranlagung oder — die Angst vor überlegener Konkurrenz?

Judentwünsche, die wir billigen.

Dem „Jüd. Preßb.“ in Stockholm wird aus Wien gemeldet:

Eine jüdische Abordnung, aus den Herren Reichsratsabgeordneten Dr. V. Straucher, Adolf Stand und Ing. R. Stricker bestehend, hatte in letzter Zeit mehrere Konferenzen mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Seidler und dem Minister des Innern Graf Togggenburg über die Judenfrage in Oesterreich. Die Abordnung, die die zionistische und nationaljüdische Bewegung Oesterreichs vertrat, unterbreitete der Regierung die jüdischen Wünsche und Forderungen in bezug auf die erwartete Reform der österreichischen Verfassung. Die Besprechungen wurden mit einer Zusage der Minister geschlossen, sie werden, soweit dies ihnen möglich ist, die übermittelten jüdischen Forderungen unterstützen. In einer dem Ministerpräsidenten überreichten Denkschrift faßte die Abordnung die jüdischen Forderungen in folgenden Sätzen zusammen:

Anerkennung der jüdischen Nationalität und Gewährleistung des freien Bekenntnisses zu derselben.

Das Recht der Juden auf ihre Schule, auf Erziehung ihrer Kinder in jüdischem Geiste.

Vertretung der Juden entsprechend ihrer Zahl und ihren Leistungen im Reichsrate, in den Landtagen und den

Gemeindeverwaltungen durch Bildung von jüdischen Wahlkurien und Einführung des Proportionalsystems.

Vertretung der Juden in der Reichsregierung durch einen Minister oder Staatssekretär.

Sofortige Durchführung der den Juden durch die Verfassung garantierten bürgerlichen Gleichberechtigung.

Konstituierung der jüdischen Nation durch Schaffung eines Reichsverbandes (nationale Kammer) auf Grund des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes. Gesetzlicher Ausbau der jüdisch-religiösen Institutionen durch Schaffung eines Reichsverbandes der Kultusgemeinden.

Mit vorstehenden Forderungen, die leider bisher nur von einem Teile der Judenchaft erhoben werden, kann man vom christlichsozialen Standpunkte aus, der „Jedem das Seine“ zubilligt, im allgemeinen nur einverstanden sein. Daß sie nicht verwirklicht sind, gab dem Antisemitismus, dieser kulturellen, nationalen und wirtschaftlichen Selbstschutzbewegung der christlichen Bevölkerung gegen als schweres Uebel empfundene Assimilierung Anstoß und Inhalt. Was der christlichsoziale Antisemitismus unter „jüdischer Gefahr“ versteht und was die scharfen Auseinandersetzungen herbeizwingt, würde mit der Konstituierung der Judenchaft als eigener Nation im wesentlichen beseitigt sein. Es geschah sowohl den Christen als auch den Juden dadurch ein Unrecht, daß die Gesetzgebung den letzteren bloß den Charakter einer religiösen Bekenntnisgemeinschaft, nicht aber den eines eigenen Volkes zuerkannte, wodurch sie zu Parasiten jedes ihrer christlichen Wirtschaftskreise gestempelt wurden, die ihrerseits alsbald mit Abwehrbewegungen reagierten. Wenn nun aus der Judenchaft selbst immer nachdrücklicher der Ruf nach reinlicher Scheidung erhoben wird, so können wir darin nur ein Anzeichen begrüßen, daß es in der Judenchaft nicht mehr an Elementen fehlt, welche endlich die Ursachen und Beweggründe der Selbstschutzbewegung des Antisemitismus erkennen und den Mut haben, daraus die gegebenen Folgerungen abzuleiten. Den Juden ihre Nationalität mit allen politischen Konsequenzen, mit jüdischen Wahlkurien, Judentheatern, Judentheatern und wenn es sein muß, auch Judenministern! Lieber ein jüdischer Landsmannminister als ein tausendfach von jüdischen Interessen abhängiges Gesamtkabinet. Wenn der Ministerpräsident und der Minister des Innern tatsächlich der bei ihnen erschienenen Judenabordnung die Förderung der angeführten Wünsche zugesagt haben, so haben sie sehr löblich gehandelt. Das Selbstbestimmungsrecht der Christen hat die Selbstbestimmung der Juden, was gleichbedeutend ist mit der Beschränkung des Bestimmungsrechtes der Juden auf ihre eigene Nation, zur Voraussetzung.

Innerpolitisches.

Eine Antwort der katholischen Tschechen an den Grafen Czernin.

Graf Czernin hat in seiner Rede an die staats-treuen Parteien und Elemente appelliert, ihn im Kampfe gegen die inneren politischen Untriebe zu unterstützen. Dieser Aufruf richtet sich besonders auch an die gemäßigten und besonnenen Kreise des tschechischen Volkes. Es liegen bereits Antworten von diesen vor. Wie berichtet, hat der Prager katholische „Cech“ ziemlich deutlich auf die Mandatszahl verwiesen und zur Bornahme von Neuwahlen aufgefordert. Die katholischen Tschechen Mährens haben gestern, wie aus Práhn berichtet wird, in einer Vorstandssitzung der tschechischen katholischen und der tschechischen christlich-sozialen Partei eine Kundgebung beschlossen, die zunächst beantragt, daß die Kundgebung des Grafen Czernin an einem Orte erfolge, an dem es den zuständigen Vertretern des tschechischen Volkes nicht möglich sei, auf die Bewandigung zu antworten, daß sie auf die Kriegsverlängerung hinwirkten und ihre politischen Ziele durch den Sieg der Reichsfeinde erreichen wollten. Die Kundgebung fährt sodann fort:

Wir erachten es als unsere Pflicht, für unsere Partei eine ähnliche Beschuldigung auf das entschiedenste zurückzuweisen. Wir erklären zugleich, daß wir, indem wir fest und unerschütterlich auf der Treue zum Reiche und zur habsburgischen Dynastie beharren, zu deren Verteidigung ungezählte Tausende von Söhnen des tschechischen Volkes ihr Leben auf den Schlachtfeldern geopfert haben und das tschechische Volk immer und immer wieder die größten Opfer bringt, ebenso treu und unerschütterlich darauf bestehen, daß dem tschechischen Volke das volle unverkürzte Recht werde, denn nur so kann die Zukunft des Reiches gesichert werden. Deshalb haben wir mit Bedauern festgesetzt, daß Graf Czernin einen augenscheinlichen Unterschied macht zwischen den einzelnen Nationalitäten, ja zwischen den Müttern. Wir bedauern dies um so mehr, als seine Worte unausbleiblich die gegenseitige Wirkung von dem haben müssen, was man erzielen wollte. Sind wir uns doch dessen wohl bewußt, was die böhmischen Länder geleistet haben und was dies in der Kriegszeit für das Reich bedeutet, und es ist uns nicht unbekannt, was in dieser Beziehung die ungarischen Faktoren geleistet haben. Auch wir beurteilen den Hoßverrat, aber nicht bloß bei einzelnen Personen, sondern überall und immer. Nicht weniger offenbar ist der Verrat, der sich nach außen hin in Loyalität hüllt, dafür aber um so verheerendere Wirkungen für die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Reiches und dessen Zukunft hat. Wer dem wirklich sein Augenmerk zuwendet, muß dies nicht nur mit Worten, sondern auch durch die Tat beweisen, und sich bemühen, daß durch eine gerechte Regelung der inneren Verhältnisse des Reiches, tatsächlich die Ursachen der Unzufriedenheit beseitigt werden.

Die Konservativen „Hlas Naroda“ suchen den Vorwurf des Grafen Czernin auf andere Art zu entkräften:

Die Beteiligung einer tschechischen Armee an den Kämpfen in Frankreich und in Italien könnten auch die dortigen Staatsmänner nur als eine armselige Demonstration betrachten und von der ganz neuen Forderung nach Lostrennung der Slowakei von Ungarn, über die man auch hier schon ganz verschiedene Urteile, hätten die Staatsmänner der Entente überhaupt keine klare Vorstellung. Zum Schluß verweist das Blatt im Namen jener, die mit dieser Kasardpolitik nichts gemein hätten, darauf, daß zum Tatbestand des Hochverrats auch die Eignung der Mittel gehöre; dieses Charakteristikum sei aber hier nicht vorhanden.